

GÖTTINGER JUNGE FORSCHUNG

Bd. 19

Benjamin Seifert

# REFORMOPTIMISMUS UND BÜRGERWUT

Das Volksbegehren gegen die  
"kooperative Schule" in  
Nordrhein-Westfalen



*ibidem*

*Benjamin Seifert*

# **Reformoptimismus und Bürgerwut**

Das Volksbegehren gegen die "kooperative Schule"  
in Nordrhein-Westfalen

# GÖTTINGER JUNGE FORSCHUNG

Schriftenreihe des Göttinger Instituts für Demokratieforschung

Herausgegeben von Dr. Robert Lorenz und Dr. Matthias Micus

ISSN 2190-2305

13 *Kludia Hanisch*

Links in Polen

Krytyka Polityczna und die Tradition der osteuropäischen  
Intelligenz

ISBN 978-3-8382-0433-8

14 *Bastian Brandau*

Fünf Sterne gegen Berlusconi

Das *Movimento 5 Stelle* und sein Weg in die italienische Politik

ISBN 978-3-8382-0488-9

15 *Christin Leistner*

Gerd Poppe

Ein unangepasstes Leben in der DDR

ISBN 978-3-8382-0500-7

16 *Miriam Zimmer*

Assimilation und religiöse Organisation

Eine organisationssoziologische Studie zu Überlebensstrategien  
ethnischer Kirchen

ISBN 978-3-8382-0502-1

17 *Michael Schlieben*

Politische Karrieren in der Bundesrepublik

Studien über Aufstieg und Scheitern

ISBN 978-3-8382-0517-5

18 *Jonas Rugenstein*

Nach der günstigen Gelegenheit

Die Entwicklung der LINKEN in Westdeutschland nach 2009

ISBN 978-3-8382-0528-1

*Benjamin Seifert*

# **REFORMOPTIMISMUS UND BÜRGERWUT**

Das Volksbegehren gegen die "kooperative  
Schule" in Nordrhein-Westfalen

*ibidem*-Verlag  
Stuttgart

## **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

## **Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available in the Internet at <http://dnb.d-nb.de>.

Zugl.: Dissertation zur Erlangung des sozialwissenschaftlichen Doktorgrades der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen, 2013. Eingereicht unter dem Titel "'Schulkampf als Kulturkampf?' Politische und Gesellschaftliche Determinanten von Schulreformen in Deutschland am Beispiel des Konfliktes um die Kooperative Schule zwischen 1976 und 1978".

∞

ISSN: 2940-5785

ISBN-13: 978-3-8382-6555-1

© *ibidem*-Verlag  
Stuttgart 2013

Alle Rechte vorbehalten

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und elektronische Speicherformen sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

All rights reserved. No part of this publication may be reproduced, stored in or introduced into a retrieval system, or transmitted, in any form, or by any means (electronic, mechanical, photocopying, recording or otherwise) without the prior written permission of the publisher. Any person who does any unauthorized act in relation to this publication may be liable to criminal prosecution and civil claims for damages.

# Inhalt

<b>Vorwort: Vom Sinn, Volksbefragungen zu untersuchen</b>	<b>9</b>
Göttinger Junge Forschung	14
<b>I. Einleitung</b>	<b>21</b>
I.1 Prolog	21
I.2 Forschungsstand	25
I.3 Erkenntnisinteresse	27
I.4 Begriffsklärung, methodisches Vorgehen und Untersuchungsmaterial	30
<b>II. Zur historischen Einordnung</b>	<b>39</b>
II.1 Gesellschaft im Aufbruch – Die Sechziger Jahre als Jahrzehnt der bildungspolitischen Innovation	39
II.1.1 Die Wieder-Entdeckung des Defizits	42
II.1.2 Die Entdeckung des Politischen in der Schule	58
II.1.3 Aufstieg durch Bildung – ein Ur-Thema der Sozialdemokratie	59
II.1.4 Bildung ist Bürgerrecht – Liberaler Reformvorstellungen in der Bildung	65
II.1.5 Zwischen Bewahrung und behutsamer Veränderung – Die CDU und die Schulpolitik	68
II.2 Das Ende der Euphorie – Tendenzwende in der Bildungspolitik?	75
II.2.1 Die Ideologisierung der Schulreform	77
II.2.2 Vom bildungspolitischen Aufbruch zu hessischen Verhältnissen	82
II.2.3 Konflikte und Konzepte in ausgewählten Bundesländern	84

<b>III.</b>	<b>Auftakt – Der Beginn der Auseinandersetzung</b>	<b>103</b>
III.1	Initiatoren, Unterstützer, Gegner – Genese einer Reform	103
III.1.1	Partei im Wandel – SPD-Landtagsfraktion und sozialdemokratische Schulpolitik in den siebziger Jahren	103
III.1.2	Die Rolle der CDU in der schulpolitischen Reformdebatte in Nordrhein-Westfalen	109
III.2	Die Einleitung des Reformprojektes und seine inhaltliche Ausrichtung	115
III.2.1	„Gesellschaftliche Einteilung des vergangenen Jahrhunderts“ – Erste Skizzen eines Gegenentwurfs	116
III.2.2	„Volksverdummung“ – Die Vorstellung des Gesetzentwurfs und erste Reaktionen	119
<b>IV.</b>	<b>Die Gesetzesinitiative in der parlamentarischen Beratung</b>	<b>125</b>
IV.1	Die Gesetzesinitiative und ihre erste Lesung im Landtag von Nordrhein-Westfalen	125
IV.1.1	Die argumentative Linie der Reformbefürworter	127
IV.1.2	Die argumentative Linie der Reformgegner	131
IV.2	Ausschussberatungen im Landtag	133
IV.2.1	Anhörung von Interessensverbänden	133
IV.2.2	Anhörung von bildungspolitischen und verfassungsrechtlichen Experten	141
IV.3	Schwieriger Konsens – die sozial-liberale Koalition auf der Suche nach dem Königsweg	147
IV.4	Modifizierung des Reformvorhabens sowie zweite und dritte Lesung	152
<b>V.</b>	<b>Das Volksbegehren in seinem historischen Kontext</b>	<b>165</b>

<b>VI.</b>	<b>„Stop Koop!“ – Die Formierung des Widerstandes</b>	<b>169</b>
VI.1	Erste öffentliche Proteste und Massenveranstaltungen	170
VI.2	Die Koalitionsparteien und ihre Mitglieder zu Beginn der Auseinandersetzung	181
	Exkurs: Stellung und Durchführung von Plebisziten in der nordrhein-westfälischen Verfassung	194
VI.3	Die Bürgeraktion Volksbegehren gegen die kooperative Schule	196
	VI.3.1 Tragende Gruppen und die Zielsetzung der Bürgeraktion	198
	VI.3.2 Organisationsform	201
VI.4	„Rotes darf nicht Schule machen!“ – Die Rolle der CDU bei der Konstituierung der Bürgeraktion und der Vorbereitung des Volksbegehrens	210
	VI.4.1 Organisatorische, finanzielle und personelle Unterstützung	213
	VI.4.2 „Auch in der Schule – Freiheit statt Sozialismus“ – Der Kurs der CDU in der Kritik	233
VI.5	Die Rolle der Kirchen und konfessioneller Interessensverbände	244
	VI.5.1 „Instrument gesellschaftlicher Veränderung“ – Die Positionierung der katholischen Kirche	245
	VI.5.3 Die ambivalente Haltung der evangelischen Kirche	262
<b>VII.</b>	<b>Das Volksbegehren gegen die kooperative Schule</b>	<b>273</b>
VII.1	Einleitung, Vorbereitung und Durchführung	273
	VII.1.1 Mobilisierungs- und Werbeaktionen der Reformgegner	277
	VII.1.2 Informationskampagnen der Reformbefürworter	288
VII.2	„Bürger, Bonzen und Barrieren“ – die Strategien der Landesregierung	300
VII.3	Erdrutsch – Das Ergebnis des Volksbegehrens	312

VII.3.1 Bürgeraktion, Parteien und Regierung nach dem Ende der Abstimmung	312
VII.3.2 Die Auswertung des Volksbegehrens durch die CDU	322
<b>VIII. Fazit</b>	<b>329</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>349</b>
<b>Quellen- und Literaturverzeichnis</b>	<b>351</b>
Ungedruckte Quellen	351
Gedruckte Quellen und Literatur	352
Zeitungen und Zeitschriften/Nachrichtenagenturen	364
Internetquellen	375
<b>Danksagung</b>	<b>377</b>

# Vorwort: Vom Sinn, Volksbefragungen zu untersuchen

*Robert Lorenz / Matthias Micus*

Frierende Mütter harren mit Plakaten bei norddeutschem „Schietwetter“ in der Fußgängerzone aus, um Unterschriften für ein Volksbegehren zu sammeln. Das ist eines der Bilder<sup>1</sup>, die sich mit der Hamburger Volksabstimmung im Herbst 2009 verbinden. Seinerzeit sorgte die Volksinitiative „Wir wollen lernen“ für Furore, nachdem sie ein Mehrfaches der Stimmen gesammelt hatte, die für einen Volksentscheid benötigt wurden. Das Streitobjekt war eine Schulreform, die die Einführung einer sechsjährigen Primarschule beabsichtigte. Die Zahl der Aktivisten, die in den Fußgängerzonen, Mittagspausen oder auf dem Weg zum Arbeitsplatz Unterstützter warben, soll sich auf ungefähr 2000 belaufen haben – ein regelrechter Tumult engagierter Bürgerinnen und Bürger also. Dieser „Schulkampf“<sup>2</sup> stellte sich damit als unerwartete Belastung für die schwarz-grüne Regierung heraus, deren Fortbestand sogleich am Ausgang des Reformvorhabens festgemacht wurde. Im Zeitalter rascher Informationsverbreitung durch Massenmedien können derartige Konflikte offenkundig für Parteien und Koalitionen schnell existenzielle Fragen aufwerfen, zumindest binnen kurzer Zeit und ohne Vorwarnung zu einer Belastungsprobe werden. Zu sehen war darin, wie auch im anschließenden Hamburger Volksentscheid im Sommer 2010, aber auch eine soziale „Grundsatzfrage: Gibt es eine breite Akzeptanz für das längere

---

1 Siehe hierfür Schmall, Heike: Tiefe Elbe, flache Bildung, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 22.11.2009.

2 Siehe z.B. Sander, Marcus: Schulkampf bringt Ole von Beust in Not, in: Stuttgarter Zeitung, 20.11.2009.

gemeinsame Lernen oder nicht?“<sup>3</sup> Die Volksgesetzgebung befasste sich hier also mit einem Sachverhalt, der einen empfindlichen Lebensbereich berührte, mithin einen mit großer Tragweite.

Dieses Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit zeigt die Aktualität und Relevanz von Volksabstimmungen. Doch auch ein Blick in die Geschichte unterstreicht die Bedeutung dieses demokratischen Modus, die ihn zu einem lohnenswerten Gegenstand wissenschaftlicher Analyse macht. Während der Weimarer Republik gab es politische Fragen, an denen sich gesellschaftsweite Konflikte entzündeten und die schließlich auch in Volksbegehren mündeten. Eines davon erstrebte 1925/26 die entschädigungslose Enteignung der 1918/19 im Zuge der deutschen Novemberrevolution und des Kriegsendes gestürzten Fürstenthümer. Es zeigt besonders anschaulich, wie solche Verfahren direkter Demokratie von einer starken Anti-Parteienhaltung geprägt sein können: Nachdem das Volksbegehren bei den Behörden erfolgreich beantragt worden war, triumphierte einer der Organisatoren, der Journalist Emil Rabold: „Das Volksbegehren ist da. Gesetzesschuster und bürokratische Angstmeier verstaubter Parteituben sollens nicht wieder verpfuschen.“<sup>4</sup> Selbst der damalige Reichspräsident Paul Löbe misstraute der Entscheidungsfähigkeit des Parlaments bzw. der dort vertretenen Parteien und versprach sich von dem Volksscheid ein geeignetes Druckmittel auf die Abgeordneten.<sup>5</sup> Zahllose Bürgerinnen und Bürger in allen Teilen des Deutschen Reichs fanden sich damals bereit, sich im Dienst für eine Aufgabe zusammenzufinden, von der sie meinten, sie besser als die professionellen politischen Akteure erledigen zu können. Am Ende glückte das Volksbegehren, der anschließende Volkssent-

---

3 Burchard, Amory/Hanisch, Dieter: Eine Menge zu lernen, in: Der Tagespiegel, 16.07.2010.

4 Zitiert nach Habedank, Heinz: Der Feind steht rechts. Bürgerliche Linke im Kampf gegen den deutschen Militarismus (1925-1933), Berlin 1965, S. 37.

5 Siehe Kessler, Harry Graf: Das Tagebuch. Achter Band 1923-1926, Stuttgart 2009, S. 727.

scheid scheiterte jedoch. Bei vielen Aktivisten dürfte die Enttäuschung, ja Frustration groß gewesen sein – insgesamt also eine demokratiezersetzende Episode auf dem Weg einer scheiternden Republik? Diese Deutung verbindet sich zumeist mit dem Gedanken an die Referenden der Weimarer Zeit, eine Zeit, die mit der NS-Diktatur ein unheilvolles Ende fand.

Freilich kennzeichneten die Weimarer Republik andere politische Verhältnisse als die Bundesrepublik. Doch ein wiederkehrendes Merkmal direktdemokratischer Instrumente scheint zumindest in ihrer Funktion als Stimmungsbarometer zu bestehen – in ihnen kommen, wenn auch verdeckt, das Niveau von Zufriedenheit mit Parteien bzw. Regierungen und Vertrauen in das politische System zum Ausdruck. Ihre eingehende Betrachtung ist daher ein wichtiger Beitrag zur Erfassung des Zustands einer Demokratie zu einem bestimmten Zeitpunkt. Darin liegen Charme und Wert von Benjamin Seiferts Studie, die ein besonders exemplarisches Referendum behandelt, aus dem sich viele Erkenntnisse für die Betrachtung anderer Fälle gewinnen lassen. Seifert entführt die Leserinnen und Leser seiner Studie an einen entlegenen Ort der bundesrepublikanischen Geschichte: das nordrhein-westfälische Volksbegehren gegen die „Kooperative Schule“ im Jahr 1978. Das macht seine Erkenntnisse gleich aus mehreren Blickwinkeln interessant: Die Protest- und Konfliktforschung stößt hier ebenso auf Material wie die Forschungsbereiche politische Führung und nordrhein-westfälische Landesgeschichte. Man erfährt vieles über die Entstehungs- und Wirkungsbedingungen einer Volksabstimmung – was gerade vor dem Hintergrund sporadisch aufkommender, zuletzt jedoch zunehmend lauter gewordener Rufe nach einem Mehr an Direktdemokratie einen dankenswerten Beitrag darstellt. Denn gegenwärtig verbindet sich mit der Volksgesetzgebung häufig die Vorstellung, die Bürger könnten „direkter, mehr und wohnortnäher mitentscheiden“, wodurch sie überzeugt werden könn-

ten, „sich für die Gesellschaft einzusetzen“.<sup>6</sup> Zumal die seit geraumer Zeit und insbesondere seit der deutschen Wiedervereinigung zu beobachtende Konjunktur von Volksbegehren und -entscheiden verlangt – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der berüchtigten Politik- und Parteienverdrossenheit, die sich in sinkenden Beliebtheitswerten, Wahlbeteiligungen und Parteimitgliedschaften ausdrückt – nach eben solchen Forschungsarbeiten wie der von Seifert, um dem offenkundig wachsenden Wissensbedarf zu genügen.

Aus dem historischen Beispiel, das der Autor des vorliegenden Buches behandelt, lassen sich Erkenntnisse darüber gewinnen, wie eigentlich eine solche Volksbefragung entsteht und „funktioniert“, welche Konsequenzen sie zeitigt, welche Potenziale sie für die Akzeptanz des demokratischen Regierungssystems enthält. So ergründet Seifert z.B. die unterschiedlichen Interessen diverser Gruppen, zeichnet politische Allianzbildungen und Konfliktverläufe nach und zieht Parallelen zu gegenwärtigen Bildungsprotesten. Von ihm erfährt man, wie und weshalb sich engagierte Bürger einer solchen Aktion verschreiben, welches Organisationsgeschick sie an den Tag legen, welche Rolle die Massenmedien spielen und wie bzw. inwiefern sich die Parlamentsopposition mit den außerparlamentarischen Gegenkräften verbündet. So wird deutlich, dass sich die Volksgesetzgebung keineswegs außerhalb des konventionellen Parteiensystems abspielt, sondern auch die Regierungs- und Oppositionsparteien – zum Teil über informelle Wege – an der Mobilisierung der Bürger beteiligt sind.

Seiferts Studie zeigt, dass Volksbegehren wie jenes gegen die „Kooperative Schule“ 1978 durchaus nachhaltige Effekte für die Qualität des demokratischen Systems entfalten können. Sie geben politischen bzw. gesellschaftlichen Konflikten einen zeitlichen und thematischen Rahmen, in dem sich verschiedens-

---

6 Der damalige Fraktionschef der Grünen in der Bremischen Bürgerschaft Matthias Güldner zitiert nach Knödler, Gernot/Schirmeister, Benno (Interview mit Matthias Güldner): „Wir müssen es selbst besser machen“, in: die tageszeitung, 06.02.2010.

te Akteure konstituieren oder mobilisieren, um mit- und gegeneinander für die demokratische Durchsetzung einer bestimmten Position zu kämpfen. Das macht sie zu einer attraktiven Beteiligungsform, die sich als Alternative zu den konventionellen Partizipationsräumen wie z.B. Parteien, Kirchen und Gewerkschaften empfiehlt – für all jene Menschen mit Engagement-Vorlieben, wie sie gegenwärtig offenbar weitverbreitet sind, da Beteiligung zunehmend spontan, sporadisch und projektorientiert motiviert ist.<sup>7</sup> Ferner sind Volksbefragungen zumeist brisant, weil sie eine klare Entscheidung bedeuten, das demokratische Minimum von „ja“ oder „nein“, „dafür“ oder „dagegen“. Eine besondere Wirkung haben sie, wenn zu dem Aspekt eines klaren, polarisierenden Votums auch noch eine große Betroffenheit hinzukommt – so wie im vorliegenden Fall, bei dem potenziell sämtliche Eltern in der Sorge um die Qualität der Bildung ihrer Kinder berührt wurden.

Volksbegehren können auf der einen Seite Resultat wie auch Verstärker der Parteien-Skepsis unter der Bevölkerung sein; sie können aber auch enorme zivilgesellschaftliche Energien freisetzen. Denn ihre Durchführung bedarf anspruchsvoller Logistik und Organisation, für die oftmals eine Art Infrastruktur überhaupt erst geschaffen werden muss. Sofern dies Bürgerinnen und Bürger übernehmen, werden sie mit den Tücken und Kniffen demokratischer Mehrheitsfindung konfrontiert, was der Stabilität des demokratischen Systems durchaus zugute kommen kann – nämlich dann, wenn sie dabei zu den demokratischen Tugenden finden, zur Kompromiss- und Überzeugungsfähigkeit. Im Rahmen von Volksbegehren können sie nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch lernen, wie Demokratie funktioniert.

Die Frage nach Nutzen oder Schaden der Volksgesetzgebung lässt sich pauschal nicht eindeutig beantworten. „Es ist

---

7 Vgl. dazu Stolle, Dietlind/Hooghe, Marc: Inaccurate, Exceptional, One-Sided or Irrelevant? The Debate about the Alleged Decline of Social Capital and Civic Engagement in Western Societies, in: *Belgian Journal of Political Science*, Jg. 35 (2004) H. 1, S. 149-167.

durchaus möglich“, so der Rechtsprofessor Rudolf Steinberg, dass „die Ergebnisse von Volksentscheiden zur Stärkung der Legitimität des politischen Systems und zur Befriedung in einer politisch kontroversen Lage beitragen. Sie können auch Minderheiten einbinden, die sich im politischen Spektrum nicht hinreichend berücksichtigt fühlen. Womöglich haben sie Missstände und Fehlentwicklungen erkannt, die im Gestrüpp politisch-bürokratischer Verkrustungen untergegangen sind, und wollen eine ausschließlich bürokratisch-technokratisch-industrielle Legitimation staatlicher Entscheidungen in Frage stellen. Instrumente der direkten Demokratie vermögen so als Ventil zu wirken, das die Offenheit der demokratischen Willensbildung zu sichern hilft.“<sup>8</sup> Aber: „Würden diese Instrumente allerdings von Eliten oder von politischen Parteien für ihre Zwecke instrumentalisiert, so wäre die Vertiefung politischer Spaltungen nicht ausgeschlossen [...] So birgt die Einführung plebiszitärer Entscheidungen auf Bundesebene Chancen wie auch Risiken, die für die verschiedenen Themenbereiche und die unterschiedlichen Formen differenziert einzuschätzen sind.“

Das Thema ist also nach wie vor ein kontroverses und hat an Brisanz wie Aktualität keineswegs verloren. Auch deshalb lohnt sich ein Blick auf konkrete Ereignisse, wie dies Benjamin Seifert mit seiner Arbeit getan hat.

### **Göttinger Junge Forschung**

„Göttinger Junge Forschung“, unter diesem Titel firmiert eine Publikationsreihe des *Institutes für Demokratieforschung*, das am 1. März 2010 an der *Georg-August-Universität Göttingen* gegründet worden ist. Göttinger Junge Forschung verfolgt drei Anliegen: Erstens ist sie ein Versuch, jungen Nachwuchswissenschaftlern ein Forum zu geben, auf dem diese sich meiningsfreudig und ausdrucksstark der wissenschaftlichen wie

---

8 Hier und im Folgenden Steinberg, Rudolf: Das Volk und die direkte Demokratie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.02.2012.

auch außeruniversitären Öffentlichkeit präsentieren können. Damit soll erreicht werden, dass sie sich in einem vergleichsweise frühen Stadium ihrer Laufbahn der Kritik der Forschungsgemeinde stellen und dabei im Mut zu pointierten Formulierungen und Thesen bestärkt werden.

Zweitens liegt ein weiterer Schwerpunkt auf der Sprache. Die Klagen über die mangelnde Fähigkeit der Sozialwissenschaftler, sich verständlich und originell auszudrücken, sind Legion. So sei der alleinige Fokus auf Forschungsstandards „problematisch“ im Hinblick auf eine „potentiell einhergehende Geringschätzung der Lehr- und der Öffentlichkeitsfunktion der Politikwissenschaft“, durch die „Forschungserkenntnisse der Politikwissenschaft zu einem Arkanwissen werden, das von den Experten in den Nachbarfächern und den Adressaten der Politikberatung, aber kaum mehr vom Publikum der Staatsbürgergesellschaft wahrgenommen wird, geschweige denn verstanden werden kann“.<sup>9</sup> Viel zu häufig schotte sich die Wissenschaft durch „die Kunst des unverständlichen Schreibens“<sup>10</sup> vom Laienpublikum ab.

Mitnichten soll an dieser Stelle behauptet werden, dass die Texte der Reihe den Anspruch auf verständliche und zugleich genussreiche Sprache mit Leichtigkeit erfüllen. Vielmehr soll es an dieser Stelle um das Bewusstsein für Sprache gehen, den Willen, die Forschungsergebnisse auch mit einer angemessenen literarischen Ausdrucksweise zu würdigen und ihre Reichweite – und damit Nützlichkeit – soweit zu erhöhen, wie dies ohne Abstriche für den wissenschaftlichen Gehalt möglich erscheint. Anstatt darunter zu leiden, kann sich die Erkenntniskraft sogar erhöhen, wenn sich die Autoren über die Niederschrift eingehende Gedanken machen, dabei womöglich den einen oder anderen Aspekt noch einmal gründlich reflektieren, die Argumentation glätten, auf abschreckende Wortungetüme, unnötig kom-

---

9 Bleek, Wilhelm: Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland, München 2001, S. 453 f.

10 Zetzsche, Indre (Hrsg.): Wissenschaftskommunikation. Streifzüge durch ein ‚neues Feld‘, Bonn 2004, S. 115.

plizierte Satzkonstruktionen und langweilige Passagen aufmerksam werden<sup>11</sup> – insgesamt auf einen Wissenschaftsjargon verzichten, wo dies zur Klarheit nicht erforderlich ist. Denn es besteht durchaus die Möglichkeit, einen wissenschaftlichen Text weder zu simplifizieren noch zu verkomplizieren, selbst unter der Berücksichtigung, dass die schwere Verständlichkeit von Wissenschaft aufgrund unvermeidlicher Fachbegriffe vermutlich unausbleiblich ist.<sup>12</sup>

Dies sollte jedoch nicht die Bereitschaft mindern, den Erkenntnistransfer via Sprache zumindest zu versuchen. In der allgemeinverständlichen Expertise sah der österreichische Universalgelehrte Otto Neurath sogar eine unentbehrliche Voraussetzung für die Demokratie, für die Kontrolle von Experten und Politik. Neurath nannte das die „Kooperation zwischen dem Mann von der Straße und dem wissenschaftlichen Experten“<sup>13</sup>, aus der sich die Fähigkeit des demokratisch mündigen Bürgers ergebe, sich ein eigenes, wohlinformiertes Urteil über die Geschehnisse der Politik zu bilden. Dass in diesem Bereich ein Defizit der Politikwissenschaft besteht, lässt sich, wie gezeigt, immer häufiger und dringlicher vernehmen. Ein Konsens der Kritiker besteht in dem Plädoyer für eine verstärkte Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse in eine interessierte Öffentlichkeit. Hierzu müsse man „Laien dafür interessieren und faszinieren können, was die Wissenschaftler umtreibt und welche Ergebnisse diese Umtriebigkeit hervorbringt“, weshalb „komplexe wissenschaftliche Verfahren und Sachverhalte für

---

11 Zur stimulierenden Wirkung der „detaillierte[n] Schilderung eines individuellen Falles“: Aydelotte, William O.: Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.): Geschichte und Soziologie, Königstein im Taunus 1984, S. 259-282, hier S. 275.

12 Vgl. auch den Appell von Mittelstrass, Jürgen: Trough a glass darkly: on the enigmatic nature of science, in: Kriterion, Jg. 23 (2010), S. 1-4.

13 Zitiert nach Sandner, Günther: Demokratisierung des Wissens. Otto Neuraths politisches Projekt, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 38 (2009) H. 2, S. 231-248, hier S. 242.

Fachfremde und Laien anschaulich und verständlich“ dargestellt werden sollten.<sup>14</sup>

Der Sprache einen ähnlichen Stellenwert für die Qualität einer Studie einzuräumen wie den Forschungsergebnissen, mag sich auf den ersten Blick übertrieben anhören. Und wie die amerikanische Historikerin Barbara Tuchman zu berichten weiß, ist dies zumeist „mühselig, langsam, oft schmerzhaft und manchmal eine Qual“, denn es „bedeutet ändern, überarbeiten, erweitern, kürzen, umschreiben“.<sup>15</sup> Doch eröffnet dieser Schritt die Chance, über die engen Grenzen des Campus hinaus Aufmerksamkeit für die Arbeit zu erregen und zudem auch die Qualität und Überzeugungskraft der Argumentation zu verbessern. Kurzum: Abwechslungsreiche und farbige Formulierungen, sorgsam gestreute Metaphern und Anekdoten oder raffiniert herbeigeführte Spannungsbögen müssen nicht gleich die Ernsthaftigkeit und den Erkenntniswert einer wissenschaftlichen Studie schmälern, sondern können sich für die Leserschaft wie auch für die Wissenschaft als Gewinn erweisen.

In den Bänden der Göttinger Jungen Forschung versuchen die Autoren deshalb sowohl nachzuweisen, dass sie die Standards und Techniken wissenschaftlichen Arbeitens beherrschen, als auch eine anregende Lektüre zu bieten. Wie gesagt, mag dies nicht auf Anhieb gelingen. Doch Schreiben, davon sind wir überzeugt, lernt man nur durch die Praxis des Schreibens, somit durch frühzeitiges Publizieren. Insofern strebt die Reihe keineswegs perfektionistisch, sondern perspektivisch die Förderung von Schreib- und Vermittlungstalenten noch während der wissenschaftlichen Ausbildungsphase an.

Freilich soll bei alledem keinesfalls der inhaltliche Gehalt der Studien vernachlässigt werden. Es soll hier nicht ausschließlich um die zuletzt von immer mehr Verlagen praktizierte Maxime gehen, demnach Examensarbeiten nahezu unterschiedslos zu schade sind, um in der sprichwörtlichen Schubla-

---

14 Kürten, Ludwig: Verständigung will gelernt sein, in: Zetzsche (Hrsg.) 2004, S. 83-86, hier S. 84.

15 Tuchman, Barbara: In Geschichte denken, Frankfurt am Main 1984, S. 27.

de des Gutachters zu verstauben. Die Studien der Reihe sollen vielmehr, drittens, bislang unterbelichtete Themen aufgreifen oder bei hinlänglich bekannten Untersuchungsobjekten neue Akzente setzen, sodass sie nicht nur für die Publikationsliste des Autors, sondern auch für die Forschung eine Bereicherung darstellen. Das thematische Spektrum ist dabei weit gesteckt: von Verschiebungen in der Gesellschaftstektonik über Anatomien von Parteien oder Bewegungen bis hin zu politischen Biografien.

Eine Gemeinsamkeit findet sich dann allerdings doch: Die Studien sollen Momenten nachspüren, in denen politisches Führungsvermögen urplötzlich ungeahnte Gestaltungsmacht entfalten kann, in denen politische Akteure Gelegenheiten wittern, die sie vermittels Instinkt und Weitsicht, Chuzpe, Entschlusskraft und Verhandlungsgeschick zu nutzen verstehen, kurz: in denen der Machtwille und die politische Tatkraft einzelner Akteure den Geschichtsfluss umzuleiten und neue Realitäten zu schaffen vermögen. Anhand von Fallbeispielen sollen Möglichkeiten und Grenzen, biografische Hintergründe und Erfolgsindikatoren politischer Führung untersucht werden. Kulturelle Phänomene, wie bspw. die Formierung, Gestalt und Wirkung gesellschaftlicher Generationen, werden daher ebenso Thema sein, wie klassische Organisationsstudien aus dem Bereich der Parteien- und Verbändeforschung.

Was die Methodik anbelangt, so ist die Reihe offen für vielerlei Ansätze. Um das für komplexe Probleme charakteristische Zusammenspiel multipler Faktoren (Person, Institution und Umfeld) zu analysieren und die internen Prozesse eines Systems zu verstehen, darüber hinaus der Unberechenbarkeit menschlichen, zumal politischen Handelns und der Macht des Zufalls gerecht zu werden,<sup>16</sup> erlaubt sie ihren Autoren for-

---

16 Zur Kritik an der unterstellten Rationalität von Verhalten bzw. der unberücksichtigten Irrationalität vgl. Abromeit, Heidrun: Gesellschaften ohne Alternativen. Zur Zukunftsfähigkeit kapitalistischer Demokratien, Working Paper des Instituts für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt, Nr. 11/2007, S. 5 f.; Bellers, Jürgen: Methoden der Sozial-

schungspragmatische Offenheit. Jedenfalls: Am Ende soll die Göttinger Junge Forschung mit Gewinn und – im Idealfall – auch mit Freude gelesen werden.

---

wissenschaften: Kritik und Alternativen, Siegen 2005, S. 164; Lepsius, M. Rainer: Zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Soziologie, in: Baumgartner, Hans Michael/Rüsen, Jörn (Hrsg.): Seminar: Geschichte und Theorie. Umriss einer Historik, Frankfurt am Main 1976, S. 118-138, hier S. 127.



# I. Einleitung

## I.1 Prolog

Euphorie erfüllte den „Schwarzen Adler“. Das Volksbegehren gegen die kooperative Schule war ein voller Erfolg. Aus diesem Grund wurde am Abend des 1. März 1978 im „Adler“, dem Pressezimmer der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen, gefeiert.<sup>17</sup> In einer großangelegten Kampagne hatte eine Allianz aus Lehrer-, Eltern- und Schülerverbänden, den Kirchen und der christdemokratischen Partei einen Sieg über die sozial-liberale Regierung von Ministerpräsident Heinz Kühn erzielt. Der Erfolg dieser Allianz besiegelte bei den Sozialdemokraten das Ende reformeuphorischer Träume von der Machbarkeit einer neuen Schule. An diesem Abend im März wurde deutlich, was sich in den Jahren davor bereits abgezeichnet hatte: Reformmüdigkeit, gerade im Bereich der Bildung, war in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

„Bildung ist Bürgerrecht“<sup>18</sup> – so prägte der Soziologe Ralf Dahrendorf Mitte der sechziger Jahre das Credo für den bereits eingesetzten Bewusstseinswandel in der bundesdeutschen Bildungspolitik. Der Religionsphilosoph Georg Picht bezeichnete das existierende System als „Bildungskatastrophe“<sup>19</sup> und viele Politiker, meist sozialdemokratischer und liberaler Provenienz, forderten Reformen. Begriffe wie Chancengleichheit, Partizipation und sozialer Aufstieg durch Bildung beherrschten und veränderten die politische Diskussion. Bildungspolitik wurde zu Gesellschaftspolitik und Bildungsreform meinte folglich Gesellschaftsreform. Das war ein elementarer Haltungswandel, der

---

17 Vgl. Köhler, Wolfram, Annahme verweigert, Düsseldorf 1978, S.139.

18 Dahrendorf, Ralf, Bildung ist Bürgerrecht, Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik, Hamburg 1965.

19 Picht, Georg, Die deutsche Bildungskatastrophe: Analyse und Dokumentation, Freiburg i. Br. 1964.

die ideologischen Debatten in diesem Politikfeld in den späten sechziger und siebziger Jahren nachhaltig prägen sollte.<sup>20</sup> Zu den schärfsten und folgenreichsten Konflikten dieser Art zählte die Auseinandersetzung um die Einführung eines kooperativen Schulmodells Ende der siebziger Jahre in Nordrhein-Westfalen.

Im November 1976 wurde von der sozial-liberalen Regierungskoalition ein Gesetzentwurf in den Düsseldorfer Landtag eingebracht, der einen längeren gemeinsamen Unterricht aller Schüler zum Ziel hatte. Anstatt wie bisher üblich nach der vierten Klasse sollten die Schüler erst nach der sechsten Klasse auf die verschiedenen Schulzweige – Gymnasium, Real- und Hauptschule – aufgeteilt werden. Zudem sollten diese Schulen in organisatorische Zentren zusammengefasst und unter eine gemeinsame Leitung gestellt werden. Auf diese Weise wollte man den drohenden demografischen Verschiebungen, die sich spätestens Ende der achtziger Jahre bemerkbar machen würden, vorweg greifen und die schulische Versorgung sicherstellen. Des Weiteren, so die Hoffnung der Initiatoren, sollten die Kinder durch eine Zusammenfassung der Schulformen ihren Neigungen entsprechend besser gefördert werden können und die als problematisch empfundene frühe Bildungsselektion beseitigt werden.<sup>21</sup>

Allerdings schlug der sozial-liberalen Koalition von beinahe allen Seiten enormer Widerstand entgegen. Vertreter von Philologen- und Elternverbänden sahen in der geplanten Reform das Ende der Eigenständigkeit des Gymnasiums und der Freiheit, den Bildungsweg des eigenen Kindes selbst bestimmen zu dürfen. Die CDU mutmaßte, man wolle in aller Heimlichkeit die Kinder „sozialistischen Experimenten“<sup>22</sup> aussetzen. Schnell wurde das noch in der Schwebe befindliche Vorhaben

---

20 Vgl. Wolfrum, Edgar, Die geglückte Demokratie, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006, S.241ff.

21 Vgl. Rheinische Post, Bauermeister, Peter, „Die Schule wird wieder reformiert“ vom 11.11.1976.

22 Westfälische Rundschau, Kleffner, Bernd, „CDU-Flugblätter: >Kinder dürfen keine Versuchs-kaninchen sein<“ vom 11.02.1977.

daher zum Politikum. Auf Großveranstaltungen mit zehntausenden Teilnehmern artikulierten die Reformgegner öffentlichkeitswirksam ihre Ablehnung. Noch bevor das Gesetz am 26. Oktober 1977 vom Landtag verabschiedet wurde, hatte sich eine breite Front aus verschiedenen Interessensgruppen gebildet, die sich in der Bürgeraktion Volksbegehren gegen die kooperative Schule organisierten. Mit massiver Unterstützung der oppositionellen CDU und der Kirchen begann eine scharfe gesellschaftliche Auseinandersetzung. Als am 1. März 1978 die Einschreibefrist für das Volksbegehren endete, hatten sich fast dreißig Prozent der Wahlberechtigten gegen die Schulpläne der Landesregierung ausgesprochen. Der organisierte Widerstand war erfolgreich und hatte zugleich alle Erwartungen an die Mobilisierbarkeit der Bevölkerung übertroffen.<sup>23</sup> Angesichts dieses Ergebnisses sah sich die Landesregierung gezwungen, das bereits beschlossene Gesetz durch den Landtag zurücknehmen zu lassen, und verzichtete auf einen klärenden Volksentscheid.

Für die Regierung von Ministerpräsident Kühn bedeutete dieser Ausgang ein „Desaster ersten Ranges“<sup>24</sup>, wie Kühns Biograf Dieter Düding resümiert. Die Schulpolitik hatte sich nämlich in den letzten Jahren zum Kernstück sozial-liberaler Politik in Nordrhein-Westfalen entwickelt. Kühn, bereits durch einen Bankenskandal in der Kritik und überdies gesundheitlich angeschlagen, sah sich gezwungen, den Platz zugunsten des bisherigen Wissenschaftsministers Johannes Rau zu räumen.<sup>25</sup> Aber auch für die zukünftige Ausrichtung der Bildungspolitik war der nordrhein-westfälische Schulkampf folgenreich – nicht nur in Nordrhein-Westfalen. Denn er bedeutete schließlich das Scheitern der Vorstellung von der mittelfristigen Umgestal-

---

23 Vgl. Weinforth, Friedhelm, Ein „Schulkampf“- Die kooperative Schule, in: Staatliche Archive des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Nordrhein-Westfalen, Ein Land in seiner Geschichte, Aspekte und Konturen 1946-1996, Münster 1996, S.514-515, hier S.515.

24 Düding, Dieter, Heinz Kühn, 1912-1992, Eine politische Biographie, Essen 2002, S.310.

25 Vgl. ebd., S.310f.

tungsfähigkeit des Schulsystems. Der Unwillen weiter Bevölkerungsschichten, sich auf neue Reformen einzulassen, war durch das erfolgreiche Volksbegehren manifest geworden. Zwar wurde auch in den kommenden Jahren die Anzahl von Gesamtschulen in vielen Bundesländern weiter ausgebaut und diese Schulform im bestehenden System fest verankert, dennoch wurde eine grundlegende Reform des Schulsystems lange Zeit nirgendwo wieder Teil der politischen Agenda. Dies änderte sich erst zu Beginn des neuen Jahrtausends, als Untersuchungen im Rahmen der PISA-Studien der OECD dem deutschen Schulsystem unterdurchschnittliche Noten ausstellten.<sup>26</sup> Die nun einsetzende politische und gesellschaftliche Debatte führte abermals zu einer grundlegenden Infragestellung des untergliederten Schulmodells und auch zu einer Wiederbelebung schulreformerischer Modelle der siebziger Jahre, die bereits als obsolet betrachtet worden waren.<sup>27</sup>

Der hier kurz skizzierte Kampf um die kooperative Schule eignet sich, gerade vor dem Hintergrund aktueller politischer Ereignisse, wie etwa der gescheiterten Hamburger Schulreform, für eine entsprechende wissenschaftliche Betrachtung, die auch einen Beitrag zum besseren Verständnis heutiger schulpolitischer Auseinandersetzungen liefern kann. Zum einen war der Protest von einer starken gesellschaftlichen und politischen Polarisierung begleitet, die sich über einen vergleichsweise langen Zeitraum kontinuierlich aufbaute, um schließlich in einem Volksbegehren gegen das bereits beschlossene Gesetz zu kulminieren. Im Zuge dieser Oppositionsbewegung positionierten

---

26 Vgl. Baumert, Jürgen (Hrsg.), PISA 2000, Ein differenzierter Blick auf die Länder der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 2003; PISA-Konsortium Deutschland (Hrsg.), PISA 2003, Der zweite Vergleich der Länder in Deutschland – Was wissen und können Jugendliche?, Münster 2005.

27 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Burger, Reinhard, „Schulwahlkampf, In Nordrhein-Westfalen wird über die Zukunft von Gymnasien, Haupt- und Realschulen gestritten“ vom 20.03.2010; sowie: SPD Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Wahlprogramm der SPD zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 09. Mai 2010, „Unser NRW. Mutig. Herzlich. Gerecht.“, ohne Ort, ohne Datum, S.13-16.

sich sämtliche betroffenen Gruppen, von den kirchlichen Schulträgern über die Philologenverbände bis hin zu den einzelnen Elternschaften. Gleichzeitig erhielt dieser zunächst außerparlamentarische Protest eine weitere Dimension in dem starken Engagement der CDU. Durch diese parteipolitische Verschärfung und die Vielzahl der beteiligten Gruppen und Verbände lassen sich die unterschiedlichen Positionen und Motivationen, sowohl der Gegner als auch der Befürworter der Reform, deutlich herausarbeiten. Eine eingehende Analyse von Stellungnahmen der involvierten Akteure, von Plenardebatten des Landtages und ihrer Rezeption in der regionalen und überregionalen Presse erscheint vor diesem Hintergrund lohnend. Gleichzeitig handelt es sich beim nordrhein-westfälischen Schulkampf um die letzte große Auseinandersetzung in einer Reihe von Schulreformen, die im Wesentlichen Ende der sechziger Jahre angestoßen worden waren. Die Debatte stellt somit den Höhepunkt einer schwelenden ideologischen Konfrontation dar, deren Konfliktlinien erst hier in ihrer ganzen Deutlichkeit und Stärke sichtbar werden.<sup>28</sup>

## I.2 Forschungsstand

Trotz der Aufmerksamkeit, die das Volksbegehren 1978 auf sich zog – es handelte sich dabei immerhin um das erste erfolgreiche Volksbegehren in Nordrhein-Westfalen<sup>29</sup> – ist es heutzutage weitgehend unbekannt. Nur gelegentlich taucht es als Querverweis zu aktuellen schulpolitischen Debatten in den Zei-

---

28 Vgl. Uhle, Reinhard, Pädagogik der siebziger Jahre – zwischen wissenschaftsorientierter Bildung und repressionsarmer Erziehung, in: Faulstich, Werner (Hrsg.), Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts, Die Kultur der siebziger Jahre, Paderborn 2004, S.49-63, hier: S.59ff.; Michael, Berthold, Staatliche Schulpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Hoffmann, Dietrich (Hrsg.), Erziehung und Erziehungswissenschaften in der BRD und der DDR, Weinheim 1995, S.15-32.

29 Das Volksbegehren zur Bestätigung der ersten Verfassung des Bundeslandes im Jahr 1950 wurde aufgrund der besonderen Natur der Sache hier nicht berücksichtigt.

tungen auf.<sup>30</sup> Dabei wurde die Auseinandersetzung um die Einführung der kooperativen Schule im Laufe der achtziger Jahre publizistisch durchaus rezipiert. So beschäftigte sich der Journalist Wolfram Köhler bereits im Jahr 1978 in essayistischer Weise mit dem Ablauf des Konfliktes und der Bedeutung des Volksbegehrens für die politische Landschaft Nordrhein-Westfalens. Dabei griff er in erster Linie auf persönliche Beobachtungen zurück.<sup>31</sup> In seinen Aufzeichnungen wird seine grundsätzliche Sympathie für die Anliegen der Gegner der kooperativen Schule deutlich. In ähnlicher Weise, bloß mit umgekehrten Vorzeichen, setzte sich Hans-Joachim Schabedoth in seiner Abhandlung aus dem Jahr 1980 mit dem Thema auseinander. Mit klarer parteipolitischer Orientierung fragte der SPD-Politiker damals nach den Ursachen des gescheiterten Vorhabens und zog daraus Schlüsse für die Umsetzung bildungspolitischer Reformen.<sup>32</sup>

Die erste wissenschaftliche Abhandlung zu dem Themenkomplex stammt von dem Erziehungswissenschaftler Ernst Rösner aus dem Jahr 1981. In engem zeitlichem Bezug zum Untersuchungsgegenstand ging Rösner der Frage nach, warum die Einführung der kooperativen Schule in Nordrhein-Westfalen scheitern musste.<sup>33</sup> Dabei beschäftigte er sich in erster Linie aus schulreformerischer Sicht mit den Gründen des gescheiterten Reformvorhabens. Die derzeit aktuellste wissenschaftliche Betrachtung des Konfliktes hat Werner Blumenthal mit seiner Abhandlung aus dem Jahr 1988 geliefert. Darin legte er den Fokus primär auf den Ablauf der parlamentarischen Auseinandersetzung und des Volksbegehrens sowie auf die Auswirkungen des gescheiterten Reformvorhabens für die Bil-

---

30 So beispielsweise Frankfurter Allgemeine Zeitung, Jülich, Christian, „Schulstruktur zwischen Chaos und Konsens“ vom 19.08.2010.

31 Vgl. Köhler, Annahme, ebd.

32 Schabedoth, Hans-Joachim, Die Gegenreform in der Bildungspolitik: der verlorene Kampf um die kooperative Schule - Ein Lehrstück für die praktischen Probleme der Realisierung von Schulreformen, Düsseldorf 1980.

33 Vgl. Rösner, Ernst, Schulpolitik durch Volksbegehren. Analyse eines gescheiterten Reformversuchs, Weinheim 1981.

dungspolitik in Nordrhein-Westfalen nach 1978.<sup>34</sup> Aus der unüberschaubaren Anzahl an Publikationen, die sich mit dem deutschen Schulsystem und seiner Entwicklungsgeschichte auseinandersetzen, seien hier beispielhaft die Neuauflage des Übersichtswerkes „Deutsche Schulgeschichte von 1800 bis zur Gegenwart“<sup>35</sup> sowie das von Christoph Führ und Carl-Ludwig Furck herausgegebene „Handbuch der Deutschen Bildungsgeschichte“<sup>36</sup> genannt. In diesen langfristigen Betrachtungen deutscher Bildungsgeschichte spielt der Konflikt um die kooperative Schule jedoch allenfalls eine untergeordnete Rolle.

### I.3 Erkenntnisinteresse

Jede politische Auseinandersetzung besitzt eine eigene Signatur. Unterschiedliche politische und weltanschauliche Grundierungen sowie lokale und konfessionelle Eigenarten werden in solchen Konfliktsituationen in ihrer ganzen Ausprägung deutlich. Dies trifft auch auf das Volksbegehren in Nordrhein-Westfalen und den damit verbundenen Protest zu. Der Umstand, dass sich dreißig Prozent der Wahlberechtigten außerhalb eines regulären Wahlkampfes zu einer Abstimmung mobilisieren ließen, deutet auf eine eigene Qualität hin, die diesen Konflikt von anderen unterscheidet. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit sich in diesem Volksbegehren eine grundlegende Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten artikuliert, die mehr war als eine Abrechnung mit der Schulpolitik der sozial-liberalen Regierung. Offensichtlich richtete sich der Zorn doch überraschender Weise nicht gegen die Sozialde-

---

34 Vgl. Blumenthal, Werner, Die bildungspolitische Auseinandersetzung und das Volksbegehren um die kooperative Schule in Nordrhein-Westfalen, Eine Analyse ihrer politischen Faktoren, Ursachen und Strategien sowie der Folgen für die Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen, Bonn 1988.

35 Vgl. Herrlitz, Hans-Georg et al., Deutsche Schulgeschichte von 1800 bis zur Gegenwart, Weinheim/ München 2009.

36 Vgl. Führ, Christoph/ Furck, Carl-Ludwig (Hrsg.), Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte; Band VI, Erster Teilband, 1945 bis zur Gegenwart, München 1998.

mokratie als treibende Kraft hinter den Reformbestrebungen. Denn nur zwei Jahre später schnitt die SPD bei den Landtagswahlen fulminant ab und erreichte gar die absolute Mehrheit der Stimmen. Handelte es sich beim Volksbegehren also wirklich, wie vom Bildungsforscher Ernst Rösner vermutet, um ein „Parteibegehren“<sup>37</sup> der CDU, in dem sich eine breite Ablehnungshaltung der Bevölkerung gegen die sozial-liberale Regierung entlud?

Um sich dieser Frage zu nähern, sollen zunächst die Gegner der kooperativen Schule in den Blick genommen werden. Aufgrund der Breite des gesellschaftlichen Bündnisses ist eine gewisse Heterogenität innerhalb dieser Koalition zu erwarten, sodass es zwangsläufig auch interne Konflikte gegeben haben dürfte. Hierbei soll insbesondere der Einfluss der Kirchen – die katholische engagierte sich stärker als die evangelische – auf die Meinungsbildung der Laien untersucht werden. Denn in den großen konfessionell-religiös gefestigten Bevölkerungsgruppen des Rheinlandes und Westfalens lässt sich eine entsprechend starke Meinungsführerschaft vermuten. Diese Annahme lässt sich, mit noch größerer Reichweite, auch auf die Presse in Nordrhein-Westfalen übertragen: In den regelmäßig erscheinenden Kolumnen und Berichterstattungen wurden weit mehr Menschen – unabhängig von Berufsstand, Parteizugehörigkeit und Konfession – erreicht. Insoweit stellt sich die Frage, in welchem Ausmaß der starken Thematisierung der Schulreform in den Medien eine Katalysatorfunktion zukam, die wiederum maßgeblich zur Mobilisierung für das Volksbegehren beigetragen hat.

Neben den Gegnern der Reform stehen ihre Befürworter im Fokus des Interesses. Angesichts der ambitionierten Gesamtschulpläne, die Anfang der siebziger Jahre die bildungspolitischen Debatten bestimmt hatten, bedeutete die Konzeption der kooperativen Schule für sie einen faktischen Rückschritt, da die eigentlich abgelehnte schulische Dreigliedrigkeit aufrecht

---

37 Rösner, Schulpolitik, S.247.

erhalten wurde. Doch war schon damals erkennbar geworden, dass das eigentliche Ziel, die flächendeckende Einführung der Gesamtschule, nicht umzusetzen war. Angesichts des schwindenden Spielraums – hauptsächlich bedingt durch die Rezession ab Mitte der Dekade – drängt sich der Eindruck auf, dass mit der kooperativen Schule das maximal Mögliche an Schulreform umgesetzt werden sollte. Die kooperative Schule war folglich nicht, wie von ihren Gegnern behauptet, eine neue Schule: In ihr manifestierte sich keine Schulreform als Gesellschaftsreform, die darauf abzielte, Statusunterschiede im Bildungssystem – und damit à la longue auch in der Gesellschaft – zu nivellieren.

Eine Betrachtung des skizzierten Untersuchungsgegenstandes bietet sich, wie bereits angesprochen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund aktueller Ereignisse an. So liegt nach den schulpolitischen Entwicklungen der vergangenen dreißig Jahre und mit Blick auf heutige Auseinandersetzungen ein verändertes Erkenntnisinteresse bezüglich der Mechanismen und Hintergründe entsprechender Konflikte vor. Dies gilt sowohl für die Frage der Durchsetzbarkeit von Schulreformen als auch für das Verfahren des Plebiszits als solches. Seit dem sogenannten PISA-Schock und entsprechenden anderen Erhebungen der letzten zehn Jahre werden neue Methoden des Lernens intensiv diskutiert. Gleichzeitig sehen sich ehrgeizige Reformprojekte im Schulbereich heute vor ähnliche Probleme gestellt wie in der Vergangenheit. So weist etwa die schulpolitische Auseinandersetzung in Hamburg im Jahr 2008/09, bei der eine Schulreform ebenfalls durch ein Volksbegehren verhindert wurde, deutliche Parallelen zu den Ereignissen Ende der siebziger Jahre auf.<sup>38</sup>

---

38 Vgl. zur aktuellen Diskussion über eine Schulreform Becker, Rolf/ Lauterbach, Wolfgang, Dauerhafte Bildungsungleichheit – Ursachen, Mechanismen, Prozesse und Wirkungen, in: dies. (Hrsg.): Bildung als Privileg? Erklärung und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit, Wiesbaden 2008, S.9-40 sowie Birsl, Ursula/ Schley, Cornelius, Das Bildungssystem im „Kaukasischen Kreidekreis“. Hemmnisse und Perspektiven in der Bildungspolitik, Hannover 2007, S.22ff.; Exemplarisch für die Ereignisse in Hamburg: Pressemitteilung des Deutschen Philologenverbandes vom

Bei vorliegender Untersuchung schwebt somit stets auch die Frage nach der Stellung des Plebiszits in der parlamentarischen Demokratie mit. Die Analyse eines historischen Konfliktes anhand des formulierten Erkenntnisinteresses kann auch hier zu einem besseren Verständnis aktueller und künftiger Auseinandersetzungen führen.

#### **1.4 Begriffsklärung, methodisches Vorgehen und Untersuchungsmaterial**

In der vorliegenden Arbeit wird das Ereignis des nordrhein-westfälischen Schulkampfes in seinen zeitlichen, politischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen untersucht – mit dem Fokus auf kollektive Orientierungen, Einstellungen und Werteüberzeugungen der beteiligten Akteure und mit einem besonderen Schwerpunkt auf den politischen Parteien. Dafür wurden die Institutionen und Akteure, ihre individuellen Handlungsweisen und Motivationen in ihrer Konstellation zueinander betrachtet und Aspekte der Organisation, der Mobilisierung und der Abhängigkeiten untersucht. Die Studie steht in ihrer thematischen Schwerpunktsetzung folglich nicht in einer klassisch bildungsgeschichtlichen Tradition, in der die historische Genese pädagogischer Konzepte und ihre konkrete Ausgestaltung den Mittelpunkt der Betrachtung bilden. Vielmehr orientiert sie sich an Methoden der Politischen Kulturforschung, da hier die bes-

---

11.02.2010, „Ole von Beust verbündet sich mit den Totengräbern des Gymnasiums“; Internetauftritt des Deutschen Philologenverbandes, <http://www.dphv.de>, (abgerufen am 23.06.2011 um 22.16 Uhr); Frankfurter Allgemeine Zeitung, Pergande, Frank, „Der weit vorgezogene Wahlkampf, In Hamburg sammeln sich die Befürworter und Gegner der Schulreform“ vom 08.04.2010; o.V., „Große Mehrheit in Hamburger Bürgerschaft für Schulreform“, in: Deutsche Presse-Agentur (Hrsg.), dpa-Dossier Bildung Forschung, Nr. 10/2010 vom 08.03.2010, S.5-7; sowie exemplarisch für Nordrhein-Westfalen Frankfurter Allgemeine Zeitung, Burger, Reinhard, „Schulwahlkampf, In Nordrhein-Westfalen wird über die Zukunft von Gymnasien, Haupt- und Realschulen gestritten“ vom 20.03.2010.

ten Voraussetzungen für die Ergründung des Erkenntnisinteresses geschaffen werden können.

Politische Kultur wird als „die subjektive Dimension der gesellschaftlichen Grundlagen politischer Systeme“<sup>39</sup> definiert. Unter diesen Begriff werden die Gesamtheit der in einer Gesellschaft anzutreffenden Mentalitäten, unterschiedliche politische Bewusstseinslagen und spezifische Gruppen sowie Gesellschaften zugeschriebene Denk- und Verhaltensweisen subsumiert.<sup>40</sup> Dementsprechend stellen in der Politischen Kulturforschung der Bürger und seine subjektive Betrachtungsweise von politischen Prozessen einen zentralen Untersuchungsgegenstand dar. In ihrem traditionellen Ansatz bezieht sie sich auf die Einstellungen der Bürger gegenüber politischen Objekten.<sup>41</sup> Politische Kultur ist ferner das „Ergebnis sowohl der kollektiven Geschichte eines politischen Systems als auch der Lebensgeschichten seiner einzelnen Mitglieder und wurzelt daher gleichermaßen in öffentlichen Ereignissen und privaten Erfahrungen“<sup>42</sup>.

Der Begriff der Politischen Kultur hat sich in letzter Zeit immer mehr zu einem gebräuchlichen Terminus in der Medien- und Alltagssprache gewandelt – so wird etwa die Abwesenheit von Politischer Kultur kritisiert bzw. ihre Anwesenheit eingefordert. Bei einer wissenschaftlichen Definition muss darauf hingewiesen werden, dass es bei der Verwendung des Begriffs eben nicht wie im umgangssprachlichen Gebrauch um den vorherrschenden Stil in einem politischen Gemeinwesen geht. Der Begriff Kultur verfügt im Deutschen, anders als im englischen

---

39 Berg-Schlosser, Dirk, Politische Kultur/Kulturforschung, in: Nohlen, Dieter/ Schultze, Rainer-Olaf, Lexikon der Politikwissenschaft, Band 2, München 2010, S.793-798, hier: S.793.

40 Vgl. ebd.

41 Vgl. Pickel, Susanne/ Pickel, Gert, Politische Kultur- und Demokratieforschung, Grundbegriffe, Theorien, Methoden, Wiesbaden 2006, S.58.

42 Pye, Lucian W., Political Culture, in: Sills, D.L. (Hrsg.) *Encyclopedia of the Social Sciences*, New York 1968, S.218-224, zit. n. und übersetzt von Berg-Schlosser, Dirk, *Erforschung der Politischen Kultur – Begriffe, Kontroversen, Forschungsstand*, in: Breit, Gotthard (Hrsg.), *Politische Kultur in Deutschland*, Schwalbach/ Ts. 2004, S.8-29, hier: S.9.

Sprachgebrauch, über eine positive Konnotation.<sup>43</sup> Politische Kultur erhält folglich einen eigenen Wert – ein Umstand, auf den hingewiesen werden muss, will man mit dem Begriff als wertfreie Kategorie arbeiten.

Aufgrund der vielfachen Interpretations- und Definitionsmöglichkeiten des Begriffs der Politischen Kultur und der daraus resultierenden terminologischen Unschärfe war das Forschungsfeld seit seinen ersten Ausformungen in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts steten Kontroversen und Neu-Orientierungen unterworfen.<sup>44</sup> Der Begriff als Bestandteil der sozialwissenschaftlichen Forschung wurde im Wesentlichen von den amerikanischen Soziologen Gabriel Almond und Sidney Verba geprägt, die hierin einen Erklärungsansatz für den Erfolg bzw. Misserfolg demokratischer Systeme sahen.<sup>45</sup> Ihr primäres Erkenntnisinteresse richtete sich dabei auf die Stabilität entsprechender Systeme und die dafür nötigen Einstellungen und Werte innerhalb der Bevölkerung, die auf der Basis von Interviews erhoben werden sollten. Der Rechtswissenschaftler Gunnar Folke Schuppert konstatierte in diesem Zusammenhang, dass aufgrund der nachhaltigen Prägung des Terminus durch Almond und Verba der Begriff der „political culture“ bzw. der „Politischen Kultur“ eine „verhängnisvolle Verengung“<sup>46</sup> erfahren habe. „Politische Kultur und Politische Kulturforschung sind von ihrem >Einstellungs-Kopf< auf die objektiven Füße der Rahmenbedingungen politischen Denkens und Handelns zu stellen“<sup>47</sup>, fordert Schuppert. Es ginge nämlich darum, die Frage zu klären, worin überhaupt die kulturellen Rahmenbedingungen politischen Denkens und Handelns bestünden.<sup>48</sup> Diese kulturelle Rahmung besteht laut Schuppert in der kulturellen Prägung von grundlegenden Denk-, Wahrneh-

---

43 Vgl. Berg-Schlösser, *Erforschung der Politischen Kultur*, S.8.

44 Vgl. ebd., S.10.

45 Vgl. Almond, Gabriel A./ Verba, Sidney, *The civic culture, political attitudes and democracy in five nations*, Princeton 1963.

46 Schuppert, Gunnar Folke, *Politische Kultur*, Baden-Baden 2008, S.55.

47 Ebd. (Hervorhebung im Original).

48 Ebd.

mungs- und Deutungsmustern, ist folglich also auch in hohem Maße von der Interaktion von Individuen untereinander und durch eine „intersubjektive Sinnsuche“<sup>49</sup> geprägt. In dieser Interpretation muss Politische Kultur folglich auch als Kommunikations- und Medienkultur verstanden werden.<sup>50</sup>

Diese Erweiterung des ursprünglichen Ansatzes hat zur Folge, dass sich die Aufmerksamkeit vom subjektiven Empfinden einzelner Mitglieder eines Gemeinwesens wegbewegt und stärker Strukturen und Abhängigkeiten des jeweiligen Systems in den Blick genommen werden müssen. Je weiter die ursprüngliche Interpretation des Begriffs der Politischen Kultur, so wie er von Almond und Verba geprägt wurde, in den Hintergrund tritt, desto zahlreicher werden aber auch die Aspekte, die einen konstitutionellen Teil zu diesem Konzept beitragen. So wies etwa der Soziologe Mario Rainer Lepsius auf die Bedeutung der institutionellen Rahmenbedingungen für die spezifischen Prägungen eines Gemeinwesens und seiner Mitglieder hin. Politische Kultur und politische Institutionen prägten sich gegenseitig, so Lepsius, denn „ohne legitimierende Wertbindungen können Institutionen nicht dauerhaft aufrechterhalten werden, ohne Institutionen gewinnen Wertorientierungen keine dauerhafte Geltung“<sup>51</sup>. Ganz in diesem Sinne argumentierte auch Schuppert, für den die kulturelle Rahmung des politischen Denkens, Wahrnehmens und Handelns vor allem durch eine institutionelle Rahmung erfolgt.<sup>52</sup> Diese institutionelle Rahmung zeige sich „vor allem im >Werden und Vergehen< von Institutionen und Regeln zur Beseitigung von Konflikten, zu Gewinnung verbindlicher Entscheidungen und zur Regelung des Umgangs der Gesellschaftsmitglieder miteinander“<sup>53</sup>. Legt man Schupperts

---

49 Ebd.

50 Vgl. ebd.

51 Lepsius, Mario Rainer, *Interessen, Ideen und Institutionen*, Opladen 1990, S.63.

52 Vgl. Schuppert, *Kultur* ebd., S.55f.

53 Ebd., S.56 (Hervorhebung im Original).

Annahme zugrunde, ist Politische Kultur somit auch stets Institutionen-, Rechts- und Konfliktkultur.<sup>54</sup>

In der vorliegenden Arbeit soll der Konflikt um die kooperative Schule in Nordrhein-Westfalen in einen breiten gesellschaftlichen Kontext gestellt und analysiert werden. Dabei stützt sie sich auf ein erweitertes Verständnis von Politischer Kultur: Staatliche Institutionen und politische Gruppierungen stehen hierin ebenso im Fokus des Interesses wie Privatpersonen und die Medienöffentlichkeit. Die spezifischen Einstellungen der unterschiedlichen Akteure zum Untersuchungsgegenstand sollen ferner nicht getrennt voneinander betrachtet werden. Vielmehr geht es, der Grundannahme von Schuppert folgend, um die Interaktion der Beteiligten – Personen wie Institutionen – und die Herausarbeitung mentaler und politischer Prädispositionen, die in der Konfliktsituation zutage treten. Basis und Quellen für diese Arbeit bilden somit Archivalien, Nachlässe und Deposita von Privatpersonen und staatlichen Stellen, persönliche und offizielle Korrespondenzen, private Aufzeichnungen sowie Presseerzeugnisse.

In Bezug zur letzten wissenschaftlichen Abhandlung aus dem Jahr 1988 ergibt sich für die Bearbeitung des Themas eine grundlegend veränderte und erweiterte Quellenlage, die, neben einem divergierenden Erkenntnisinteresse, eine erneute Betrachtung des Gegenstandes lohnenswert macht. Die vorliegende Arbeit stützt sich dabei auf teilweise noch nicht erschlossene Materialien aus nordrhein-westfälischen Archiven. Mit den Nachlässen von Kultusminister Jürgen Girgensohn im *Archiv der sozialen Demokratie* in Bonn (AdSD) sowie dem Nachlass des nordrhein-westfälischen CDU-Vorsitzenden Heinrich Köppler im *Archiv für Christlich-Demokratische Politik* in St. Augustin (ACDP) stehen inzwischen umfangreiche Unterlagen und persönliche Aufzeichnungen zum Themengebiet zur Verfügung. Daneben wurde auch der Nachlass von Ministerpräsident Heinz Kühn im AdSD eingesehen. Die darin enthaltenen

---

54 Vgl. ebd.

Archivalien, in erster Linie Reden und persönliche Korrespondenzen, sind allerdings aufgrund ihrer geringen thematischen Relevanz nicht in die vorliegende Arbeit eingeflossen.

Wichtige Quellen waren darüber hinaus die Unterlagen des CDU-Landesverbandes Westfalen im ACDP, des christdemokratischen Landesverbandes Rheinland sowie der CDU-Landtagsfraktion im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen. Im Landesarchiv existieren des Weiteren umfangreiche Archivalien der Landtagsfraktionen von SPD und F.D.P. sowie der Landesregierung, den beteiligten Ministerien und den Verhandlungen des Koalitionsausschusses. Die entsprechenden Unterlagen des SPD-Landesverbandes sind im AdSD erschlossen. Im Landesarchiv in Düsseldorf sind zudem umfangreiche Sammlungen zum Schulkampf und zur Arbeit der Bürgeraktion vorhanden. In diesem Zusammenhang ist insbesondere der Nachlass des bereits erwähnten Journalisten Wolfram Köhler hervorzuheben, der neben persönlichen Gesprächsnotizen eine umfangreiche Materialsammlung zur kooperativen Schule angelegt hat. Weitere wichtige Quellen für diese Arbeit sind Beiträge in Zeitungen und Zeitschriften im Zeitraum zwischen November 1976 und März 1978, darunter z.B. die große Anzahl von Kommentaren und Leserbriefen, in denen zur Schulreform Stellung genommen wird.<sup>55</sup> Daneben sind in den letzten Jahren Biografien von Heinz Kühn<sup>56</sup> und Heinrich Köppler<sup>57</sup> erschienen. Beson-

---

55 In vorliegender Arbeit wurden Artikel und Beiträge folgender Zeitungen und Medien herangezogen: BILD-Zeitung, Der Dom (Sonntagsblatt für das Erzbistum Paderborn), Der Spiegel, Deutsche Presse-Agentur (dpa), Deutsche Zeitung - Christ und Welt, Die Glocke, Die Welt, Die Zeit, Düsseldorfer Nachrichten, Evangelischer Pressedienst (epd), Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Frankfurter Rundschau, General-Anzeiger, Handelsblatt, Katholische Nachrichtenagentur (kna), Kirchenzeitung für das Erzbistum Köln, Kirche und Leben, Bistumszeitung Münster, Kölner Stadt-Anzeiger, Kölnische Rundschau, Münstersche Zeitung, Nachrichtendienst Münster, Rheinische Post, Rheinischer Merkur, Ruhr-Nachrichten, Ruhrwort (Wochenzeitung im Bistum Essen), Süddeutsche Zeitung, Vorwärts, Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ), Westdeutscher Rundfunk (WDR), Westfälische Nachrichten, Westfälische Rundschau.

56 Vgl. Düding, Heinz Kühn, ebd.

ders hervorzuheben sind zudem zwei Werke von Dieter Düding, in denen er sich mit der Arbeit der SPD-Landtagsfraktion zwischen 1966 und 1990 sowie mit der Geschichte des Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen auseinandersetzt.<sup>58</sup>

Die vorliegende Arbeit teilt sich thematisch in drei Teile: In einem ersten Schritt soll anhand der bildungspolitischen Diskussionen und Reformansätze in den sechziger und frühen siebziger Jahren, den spezifischen Positionierungen der Parteien und mit Blick auf beispielhafte Reformen in einzelnen Bundesländern, eine historische Einordnung vorgenommen werden. Dabei wird ein bewusst weiter Blick auf die bildungspolitischen Debatten gewählt, um unterschiedliche Leitthemen und Verortungen aufzuzeigen, die sich auch in der Auseinandersetzung in Nordrhein-Westfalen widerspiegeln.

In einem zweiten Schritt sollen die Genese der eigentlichen Reform, die beteiligten Akteure und Institutionen sowie ihre Diskussion innerhalb des parlamentarischen Betriebes des Landtages betrachtet werden. In diesem Abschnitt werden anhand der Plenardebatten und der Expertenanhörungen die unterschiedlichen Bewertungen der Reformpläne von Regierung, Opposition und betroffenen Gruppierungen dargestellt. Diese beiden ersten Teile werden von einem Zwischenfazit umklammert.

In einem dritten und letzten Schritt wird die Rezeption der Reform außerhalb des Parlamentes in den Blick genommen. Im Zentrum dieses Abschnittes stehen Positionierung und Formierung der Bürgeraktion gegen die kooperative Schule, der Kirchen, aber auch die Unterstützung dieser Bewegung durch die CDU. Schließlich wird der Fokus auf den Vor- und Ablauf des Volksbegehrens gerichtet, wobei auch die unterschiedlichen

---

57 Vgl. Marx, Stefan, Heinrich Köppler (1925 - 1980), Politik aus christlicher Verantwortung, Düsseldorf 2006.

58 Vgl. Düding, Dieter, Volkspartei im Landtag - Die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen als Regierungsfraktion 1966 - 1990, Bonn 1998; ders., Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen 1946-1980, Vom Fünfparteien- zum Zweiparteienlandtag, Düsseldorf 2008.

Strategien von Befürwortern und Gegnern thematisiert werden. Ein abschließender Ausblick stellt die unterschiedlichen Reaktionen auf den Ausgang des Plebiszits dar.